



Weisung EAZW

Nr. 10.10.05.01 vom 15. Mai 2010 (Stand: 28. Oktober 2025)

Bezeichnung der Staatsangehörigkeit ausländischer Staatsangehöriger und ausländischer Staaten im schweizerischen Personenstandsregister

Staatsangehörigkeit von Ausländern und Bezeichnung ausländischer Staaten

Weisung des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen,
gestützt auf Artikel 84 Absatz 3 Buchstabe a der Zivilstandsverordnung (ZStV)

Inhalt

1	Allgemeines	4
2	Bezeichnung der Staatsangehörigkeit ausländischer Staatsangehöriger	4
2.1	Rechtliche Bedeutung der Angabe der ausländischen Staatsangehörigkeit	4
2.2	Korrekte Bezeichnung ausländischer Staaten im Register und auf Urkunden	4
2.3	Übertragung der Angaben über die ausländische Staatsangehörigkeit aus dem Familienregister	5
2.4	Feststellung der Staatsangehörigkeit des in der Schweiz geborenen ausländischen Kindes	6
2.5	Erwerb und Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit	6
2.6	Änderung der Bezeichnung der ausländischen Staatsangehörigkeit	7
3	Sonderfälle	7
3.1	Unklare oder unbekannte Herkunft	7
3.2	Abgebrochene Beziehung zum Heimatstaat	7
3.3	Anerkannte Flüchtlinge	8
3.4	Staatenlosigkeit	8
4	Schlussbestimmungen	9
4.1	Aktualisierung bereits erfasster Personen	9
4.2	Inkrafttreten	9

Änderungstabelle

Änderung per 1. Januar 2011	NEU
Ganze Weisung	Anpassung der Artikel an die neue ZStV gültig ab 01.01.2011.

Änderung per 27. Oktober 2025	NEU
Ganze Weisung	Anpassung der Artikel an die neue ZStV gültig ab 11.11.2024.

1 Allgemeines

Gestützt auf Artikel 8a Buchstabe g ZStV¹ sind im schweizerischen Personenstandsregister auch die Angaben über die ausländischen Staatsangehörigkeiten einer Person zu führen. Mit Infostar NG (New Generation) wurde ausserdem die Möglichkeit geschaffen, neben dem oder den Schweizer Heimatort/en zusätzlich die ausländischen Staatsangehörigkeiten ins Register aufzunehmen und zu führen.

2 Bezeichnung der Staatsangehörigkeit ausländischer Staatsangehöriger

2.1 Rechtliche Bedeutung der Angabe der ausländischen Staatsangehörigkeit

Die Staatsangehörigkeit einer natürlichen Person bestimmt sich nach dem Recht des Staates, zu dem die Staatsangehörigkeit in Frage steht (Art. 22 IPRG²). Jeder Staat bestimmt somit selbständig, unter welchen Voraussetzungen eine Zugehörigkeit zu ihm entsteht oder untergeht.

Bei der Angabe, dass eine Person eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, handelt es sich deshalb nicht um eine beurkundete Tatsache im Sinne von Artikel 8 ZStV; vielmehr wird in Artikel 8a Buchstabe g explizit festgehalten, dass die betreffende Information im Personenstandsregister als nicht beurkundete Angabe geführt wird. Damit wird an der bisherigen Praxis festgehalten, wonach der Angabe der ausländischen Staatsangehörigkeit **keine Beweiskraft** im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 ZGB zukommt. Sie dient vielmehr der **Identifizierung** und hat in diesem Zusammenhang **Indiziencharakter**. Zudem hilft sie bei der Prüfung von Optionsrechten sowie bei der Erfüllung staatsvertraglicher Meldepflichten gegenüber anderen Staaten, so insbesondere im Rahmen der Abkommen mit Deutschland³, Italien⁴ und Österreich⁵, aber auch der Todesmeldung gemäss Artikel 37 Buchstabe a des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen⁶.

Aus dem Umstand, dass es sich bei der ausländischen Staatsangehörigkeit um eine nicht beurkundete Tatsache handelt, ergibt sich, dass für deren Eintragung **nicht die gleichen Anforderungen bezüglich Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität** erfüllt sein müssen, wie sie für die Angaben einer Schweizer Bürgerin oder eines Schweizer Bürgers über den Personenstand in Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe c ZStV vorgesehen sind.

2.2 Korrekte Bezeichnung ausländischer Staaten im Register und auf Urkunden

Ausländische Staaten sind im Personenstandsregister gemäss der vom Bund geführten **Liste der Staatenbezeichnungen** aufzunehmen (Art. 26 Abs. 2 ZStV).

¹ Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004, SR 211.112.2.

² Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht SR 291.

³ Abkommen vom 4. November 1985 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland; SR 0.211.112.413.6.

⁴ Vereinbarung vom 16. November 1966 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik; SR 0.211.112.445.4.

⁵ Vereinbarung vom 26. April 1962 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich; SR 0.211.112.416.3.

⁶ Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen SR 0.191.02.

Die regelmässig aktualisierte Liste ist abrufbar auf der Internetseite der Bundeskanzlei⁷. Entsprechend ist auch die Bezeichnung ausländischer Staaten auf den Zivilstandsurkunden vorzunehmen. Somit ist beispielsweise für die Türkei im Personenstandsregister und auf sämtlichen Zivilstandsurkunden die amtssprachliche Bezeichnung «*Türkei*» und nicht die auf den diplomatischen Verkehr beschränkte türkische Bezeichnung «*Türkiye*» zu verwenden. Massgebend ist dabei stets die auf der genannten Liste angegebene Kurzform und nicht die dort geführte offizielle Bezeichnung (nicht «*Bundesrepublik Deutschland*», nur «*Deutschland*»).

Wo umstritten ist, welchem Staat ein bestimmter Ort zuzuordnen ist, muss die im Personenstandsregister (und den Zivilstandsurkunden) aufzunehmende Angabe **mit der völkerrechtlichen Position der Schweiz übereinstimmen** (Art. 26 Abs. 3 ZStV). Dies hat beispielweise zur Folge, dass bei einem Ort im (von der Schweiz als eigenständigen Staat anerkannten) Kosovo zwingend die Länderangabe «*Kosovo*» anzugeben ist. Dagegen ist bei einem Ort auf der von Russland besetzten Krim weiterhin die Länderangabe «*Ukraine*» zu verwenden, da die russische Besetzung von der Schweiz nicht anerkannt wird.

Massgeblich ist die jeweils aktuelle Fassung des vom Bundesamt für Statistik geführten **Staaten- und Gebietsschlüssels** (Beispiele für «*Gebiete*» sind Macao oder Hong Kong) für Statistiken, die auf der Internetseite des Bundesamts für Statistik abgerufen werden können⁸. Dort wird etwa der Kosovo als von der Schweiz anerkannter Staat geführt, während die Krim nicht in der Tabelle verzeichnet ist, was bedeutet, dass die ursprüngliche Zugehörigkeit zur Ukraine weiterhin gilt. Bestehen Zweifel über die Zugehörigkeit, steht das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen EAZW für Rückfragen zur Verfügung.

Die ausländischen Ortsbezeichnungen sind gemäss Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe b ZStV entsprechend den vorgelegten Ausweisen aufzunehmen. Dabei sind allfällige **Sonderzeichen**, die mit dem Standardzeichensatz nach Artikel 80 ZStV abgebildet werden können, zwingend zu übernehmen.

2.3 Übertragung der Angaben über die ausländische Staatsangehörigkeit aus dem Familienregister

Anlässlich der Übertragung der Daten über den Personenstand in das Personenstandsregister (Rückerfassung) wird die ausländische Staatsangehörigkeit einer Person mit der im Zeitpunkt der Rückerfassung **aktuellen im Beurkundungssystem hinterlegten Bezeichnung** erfasst.

Ist der im Familienregister bezeichnete Heimatstaat in mehrere souveränen Staaten zerfallen (z.B. Sowjetunion, Tschechoslowakei, Jugoslawien) und ist nicht bekannt, welchem Nachfolgestaat die Person angehört, ist die **Staatsangehörigkeit** gemäss der historischen Bezeichnung oder, falls dies nicht möglich ist, als «*Staatsangehörigkeit ungeklärt*» zu erfassen.

Vorbehalten bleibt die **Aktualisierung** der Angaben gestützt auf den Nachweis über den Besitz der entsprechenden Staatsangehörigkeit. Die Aktualisierung erfolgt formlos und ist jederzeit möglich.

⁷ www.bk.admin.ch > Dokumentation > Sprachen > Hilfsmittel für Textredaktion und Übersetzung > Liste der Staatenbezeichnungen

⁸ www.bfs.admin.ch > Grundlagen und Erhebungen > Staaten und Gebiete

2.4 Feststellung der Staatsangehörigkeit des in der Schweiz geborenen ausländischen Kindes

Anlässlich der Beurkundung der **Geburt** oder der **Änderung der Angaben über die Abstammung des Kindes** (Entstehung oder Aufhebung eines Kindesverhältnisses zu einer die Staatsangehörigkeit vermittelnden Person) ist die **Staatsangehörigkeit** des Kindes **festzustellen** und im Personenstandsregister zu bezeichnen. Dies auch dann, wenn ein verbindlicher Nachweis der zuständigen Behörden des Heimatstaates im Zeitpunkt der Beurkundung fehlt. Die Bezeichnung «*Staatsangehörigkeit ungeklärt*» ist – obwohl sie rechtlich korrekt wäre⁹ – aus praktischen Gründen (Erfüllung der amtlichen Mitteilungspflicht; Ausschliessung des Schweizer Bürgerrechts) zu vermeiden. Es genügen die auf Erfahrung beruhenden Kenntnisse und allenfalls der Beizug der gesetzlichen Bestimmungen des Heimatstaates; eine Bestätigung durch die zuständige ausländische Behörde muss nicht abgewartet werden.

Erwirbt das Kind durch die mütterliche und die väterliche Abstammung möglicherweise **verschiedene ausländische Staatsangehörigkeiten**, so ist die Staatszugehörigkeit gestützt auf die nachgewiesene Staatsangehörigkeit der Eltern sowie dem massgeblichen Recht über die Weitergabe der Staatsangehörigkeit durch Abstammung in dem Personenstandsregister aufzunehmen. Ist unklar, welches Recht zur Anwendung gelangt, ist auf das Recht desjenigen Staates abzustellen, zu dem die Eltern die engste Beziehung aufweisen und unter das sie allenfalls die Namensführung des Kindes stellen¹⁰.

2.5 Erwerb und Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit

Die **Nachführung** der Angaben über den Heimatstaat fällt in die **Zuständigkeit** des Zivilstandsamtes, dem der Nachweis über den Erwerb, Besitz oder Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit vorgelegt wird (Einbürgerungsurkunde, gültiger ausländischer Ausweis oder Entlassungsurkunde).

Verlangt eine Person die Nachführung der ausländischen Staatsangehörigkeit **unabhängig von einem Ereignis**, ist der Vorgang im Geschäftsfall «*Fortschreibung starten*» zu erfassen.

Erfolgt die **Nachführung anlässlich eines zu beurkundenden Zivilstandsereignisses**, ist das im betreffenden Geschäftsfall im Arbeitsschritt «*Ausländische Staatsangehörigkeit*» festzuhalten.

Sind die Nachweise über die ausländische Staatsangehörigkeit vorhanden, so kann jederzeit die Nachführung der Angaben über die ausländische Staatsangehörigkeit verlangt werden. Die ausländische Staatsangehörigkeit wird lediglich hinzugefügt oder entfernt. Mangels Hoheit über diese Angabe ist darauf zu verzichten, deren Beginn oder Ende festzuhalten.

⁹ Es liegt nicht in der Zuständigkeit der Schweizer Behörden, über den Besitz ausländischer Staatsangehörigkeiten zu befinden (Art. 22 IPRG).

¹⁰ Art. 37 Abs. 2 IPRG.

2.6 Änderung der Bezeichnung der ausländischen Staatsangehörigkeit

Ändert ein Staat seine **offizielle Bezeichnung**, so wird die im Beurkundungssystem hinterlegte Liste aktualisiert.

Zerfällt der im Personenstandsregister geführte Heimatstaat einer Person in mehrere anerkannte neue Staaten (z.B. der Staat Serbien-Montenegro in die beiden Staaten Serbien und Montenegro und später der Staat Serbien in die zwei neuen Staaten Serbien und Kosovo), kann die Änderung der Angaben über den neuen Heimatstaat nur in Ausnahmefällen ohne Mitwirkung der betroffenen Person erfolgen. Die bisherige **Bezeichnung** der Staatsangehörigkeit einer Person ist beizubehalten, bis geklärt ist, ob und welchem der von der Schweiz anerkannten Nachfolgestaaten sie angehört. Ausnahmsweise kann bis zur Klärung dieser Frage die Bezeichnung «*Staatsangehörigkeit ungeklärt*» im Personenstandsregister geführt werden.

Ein **Beleg** für die Aktualisierung der Angaben über die Staatsangehörigkeit ist nicht erforderlich, wenn es sich bloss um die Änderung der offiziellen Bezeichnung des Heimatstaates handelt. Ist jedoch der Heimatstaat in mehrere Nachfolgestaaten zerfallen, ist ein Nachweis über die Änderung der Staatszugehörigkeit als Beleg aufzubewahren (z.B. Kopie des Reisedokumentes).

3 Sonderfälle

3.1 Unklare oder unbekannte Herkunft

Muss eine ausländische **Person ohne Ausweisdokumente** der Heimatbehörden mit unklarer oder unbekannter Herkunft in das Personenstandsregister aufgenommen werden, ist ihre Staatsangehörigkeit ausnahmsweise und vorläufig als «*Staatsangehörigkeit ungeklärt*» ohne erläuternde Zusatzangabe zu bezeichnen. Sobald der Nachweis über die ausländische Staatsangehörigkeit erbracht wird, ist die Angabe auf Antrag oder von Amtes wegen nachzuführen.

Die Nachführung fällt in die **Zuständigkeit des Zivilstandsamtes**, dem der Nachweis vorgelegt wird (ohne Mitwirkung der Aufsichtsbehörde). Sie erfolgt im Geschäftsfall «*Fortschreibung starten*».

3.2 Abgebrochene Beziehung zum Heimatstaat

Auch wenn das Verhältnis der betroffenen Person zu den Heimatbehörden angeblich gestört und die Erneuerung der Ausweisdokumente nicht möglich, unzumutbar oder aus zivilstandsamtlicher Sicht unnötig ist (z.B. Asylgesuch, Militärdienstverweigerung, Einbürgerungsverfahren), sind die **Angaben** über die Staatsangehörigkeit **gemäss den Ausweisdokumenten**, deren Gültigkeit abgelaufen ist, ohne erläuternden Zusatz in das Personenstandsregister aufzunehmen.

3.3 Anerkannte Flüchtlinge

Das Personenstandsregister gibt keine Auskunft darüber, ob eine Person in der Schweiz oder in einem anderen Land als Flüchtling anerkannt oder ob ihr dieser Status wieder entzogen worden ist.

Als **Flüchtling** anerkannte Personen sind mit der **Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes** zu bezeichnen, ohne dass Ausweisdokumente dieses Staates vorliegen. Da es sich bei der ausländischen Staatsangehörigkeit um eine nicht beurkundete Angabe handelt, ist keine Erklärung nach Artikel 41 Absatz 1 ZGB entgegenzunehmen.

Grundsätzlich ist vielmehr auf die Angabe im vom Staatssekretariat für Migration SEM ausgestellten Reisedokument abzustellen. Ist die Staatsangehörigkeit unklar, kann sie ausnahmsweise als «*Staatsangehörigkeit ungeklärt*» bezeichnet werden.

Anerkannte Flüchtlinge haben bei der Aufnahme in das Personenstandsregister sowie jedes Mal anlässlich einer Amtshandlung oder Beurkundung eines Zivilstandsereignisses den Asylentscheid des Aufnahmestaates oder den gemäss dem Abkommen vom 28. Juli 1951¹¹ über die Rechtsstellung der Flüchtlinge ausgestellten Reiseausweis¹² vorzulegen. Die vorgelegten Dokumente bilden die Grundlage für die amtliche Mitteilung an das SEM¹³.

3.4 Staatenlosigkeit

Eine in das Personenstandsregister aufzunehmende Person darf nur dann als «*Staatenlos*» bezeichnet werden, wenn sie die Voraussetzungen gemäss Artikel 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen¹⁴ erfüllt. Sie hat einen **Reiseausweis für Staatenlose** gemäss Artikel 28 dieses Übereinkommens oder einen entsprechenden Entscheid des SEM vorzuweisen.

In der Schweiz ist das SEM allein zuständig für die Feststellung der Staatenlosigkeit¹⁵. Personen, die sich im Sinne des oben genannten Übereinkommens als staatenlos betrachten, müssen einen Antrag auf Anerkennung dieses Status stellen. Ohne eine Verwaltungsentscheidung des SEM darf die Staatenlosigkeit daher unter keinen Umständen in das Zivilstandsregister eingetragen werden. Ohne formelle Entscheidung des SEM muss der Personenstand der betroffenen Person als «*Staatsangehörigkeit ungeklärt*» eingetragen werden.

Die Bezeichnung «*Staatenlos*» für ein in der Schweiz geborenes Kind ist nur dann zulässig, wenn sowohl die Mutter als auch der Vater des Kindes diesen Status nachweisen. Für staatenlose Kinder besteht ein Recht auf erleichterte Einbürgerung durch den Bund¹⁶.

¹¹ SR 0.142.30; in Kraft getreten für die Schweiz am 21. April 1955.

¹² Art. 2 Bst. a der Verordnung vom 27. Oktober 2004 über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen, SR 143.5.

¹³ Art. 51 Abs. 1 ZStV.

¹⁴ SR 0.142.40; in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Oktober 1972.

¹⁵ Art. 14 der Organisationsverordnung vom 17. November 1999 für das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, SR 172.213.1

¹⁶ Art. 23 BÜG

Können keine Ausweisdokumente vorgelegt werden oder ist ihre Gültigkeit abgelaufen, darf daraus nicht abgeleitet werden, dass die betroffene Person staatenlos ist.

Der Entscheid über die Staatenlosigkeit einer Person fällt nicht in die Zuständigkeit der Zivilstandsbeamtin oder des Zivilstandsbeamten, der Gerichte oder der kommunalen und kantonalen Verwaltungs- und Justizbehörden.

4 Schlussbestimmungen

4.1 Aktualisierung bereits erfasster Personen

Die mit Infostar New Generation neu eingeführte Möglichkeit, nebst dem Heimatort ebenfalls eine oder mehrere ausländische Staatsangehörigkeiten einzutragen, zieht **keine Pflicht zur systematischen Überprüfung und allenfalls Aktualisierung der Staatsangehörigkeiten aller bereits im Personenstandsregister erfassten Personen** nach sich. Die Zivilstandsbehörden haben lediglich bei der Neuerfassung eine Abklärungspflicht, ob die zu erfassende Person mehr als eine Staatsangehörigkeit besitzt.

Ergibt sich anlässlich der Bearbeitung eines Geschäftsfalls, dass eine bereits erfasste Person über eine zusätzliche Staatsangehörigkeit verfügt, ist diese einzutragen, sofern dafür keine zusätzlichen Abklärungen erforderlich sind.

Solche Aktualisierungen sind im Geschäftsfall «*Fortschreibung starten*» oder anlässlich eines Ereignisses **ohne Rückwirkung** auf beurkundete Ereignisse im betreffenden Geschäftsfall im Arbeitsschritt «*Ausländische Staatsangehörigkeit*» vorzunehmen.

4.2 Inkrafttreten

Die vorliegende Weisung tritt am 15. Mai 2025 in Kraft.

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

David Rüetschi



Directives OFEC

no 10.10.05.01 du 15 mai 2010 (Etat : 31 octobre 2025)

Désignation de la nationalité des ressortissants étrangers et des Etats étrangers dans le registre suisse de l'état civil

Nationalité des étrangers et dénomination des Etats étrangers

En vertu de l'article 84 alinéa 3 lettre a de l'Ordonnance sur l'état civil (OEC),
l'Office fédéral de l'état civil édicte les directives ci-après

Contenu

1	Généralités	4
2	Désignation de la nationalité des ressortissants étrangers	4
2.1	Importance juridique des données de la nationalité étrangère	4
2.2	Dénomination correcte des États étrangers dans le registre et sur les actes	4
2.3	Transfert des données sur la nationalité étrangère du registre des familles	5
2.4	Constatation de la nationalité d'un enfant étranger né en Suisse	6
2.5	Acquisition et perte de la nationalité étrangère	6
2.6	Modification de la dénomination de la nationalité étrangère	6
3	Cas particuliers	7
3.1	Origine non clarifiée ou inconnue	7
3.2	Relation rompue avec l'État d'origine	7
3.3	Réfugiés reconnus	7
3.4	Apatridie	8
4	Dispositions finales	9
4.1	Mise à jour des personnes déjà enregistrées	9
4.2	Entrée en vigueur	9

Tableau des modifications

Modifications au 1^{er} janvier 2011	NOUVEAU
Directives entières	Adaptation des articles à l'OEC nouvellement révisée valable dès le 01.01.2011.

Modifications au 27 octobre 2025	NOUVEAU
Directives entières	Adaptation des articles à l'OEC nouvellement révisée valable dès le 11.11.2024.

1 Généralités

En vertu de l'article 8a, lettre g, OEC¹, les données relatives à la nationalité étrangère d'une personne doivent également être inscrites dans le registre suisse de l'état civil. Depuis l'introduction d'Infostar NG (New Generation), il est possible d'inscrire et de tenir à jour dans le registre, en plus d'un lieu ou des lieux d'origine suisse(s), une ou plusieurs nationalité(s) étrangère(s).

2 Désignation de la nationalité des ressortissants étrangers

2.1 Importance juridique des données de la nationalité étrangère

La nationalité d'une personne physique est déterminée par le droit de l'État dont elle est ressortissante (art. 22 LDIP²). Chaque État détermine donc de manière autonome les conditions dans lesquelles la nationalité naît ou s'éteint.

L'indication qu'une personne possède une nationalité étrangère n'est pas un fait traité et enregistré au sens de l'article 8 OEC ; au contraire, l'article 8a lettre g OEC stipule explicitement que l'information en question est traitée dans le registre de l'état civil mais n'est pas une donnée enregistrée. Cette disposition maintient la pratique actuelle selon laquelle la donnée **n'a pas de force probante** au sens de l'article 9 alinéa 1 CC. Elle sert à **l'identification** et n'a, dans ce contexte, qu'un **caractère indicatif**. En outre, elle aide notamment à vérifier les droits d'option ou à remplir les obligations d'annonce à d'autres Etats. C'est notamment le cas dans le cadre des accords avec l'Allemagne³, l'Italie⁴ et l'Autriche⁵, mais aussi des avis de décès selon l'article 37 lettre a de la Convention de Vienne sur les relations consulaires⁶.

Dès lors, l'inscription des données concernant l'acquisition, la possession et la perte d'une nationalité étrangère d'une personne étrangère **ne doit pas** être soumise **aux mêmes exigences élevées** d'exactitude, d'exhaustivité et d'actualité que pour des données d'état civil d'un citoyen ou d'une citoyenne suisse, selon l'article 16, alinéa, 1 lettre c OEC.

2.2 Dénomination correcte des États étrangers dans le registre et sur les actes

Les Etats étrangers doivent être saisis dans le registre de l'état civil conformément à la **liste des désignations d'Etats** tenue par la Confédération (art. 26 al. 2 OEC). Cette liste, régulièrement mise à jour, peut être consultée sur le site Internet de la Chancellerie fédérale⁷. La désignation des Etats étrangers doit également être respectée sur les actes d'état civil.

¹ Ordonnance sur l'état civil du 28 avril 2004, RS 211.112.2.

² Loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé, RS 291.

³ Accord du 4 novembre 1985 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne, RS 0.211.112.413.6.

⁴ Accord du 16 novembre 1966 entre la Confédération suisse et le République italienne, RS 0.211.112.445.4.

⁵ Accord du 26 avril 1962 entre la Confédération suisse et la République d'Autriche, RS 0.211.112.416.3.

⁶ Convention de Vienne du 24 avril 1963 sur les relations consulaires, RS 0.191.02.

⁷ www.bk.admin.ch > Documentation > Langues > Aides à la traduction et à la rédaction > Dénomination des États

Ainsi, pour la Turquie par exemple, il convient d'utiliser dans le registre de l'état civil et sur tous les actes d'état civil la désignation « *Turquie* » dans la langue officielle et non la désignation turque « *Türkiye* », limitée aux relations diplomatiques. C'est toujours la forme abrégée indiquée sur la liste précitée qui fait foi et non la dénomination officielle qui y figure (pas « *République fédérale d'Allemagne* », seulement « *Allemagne* »).

Lorsqu'il y a un désaccord international sur l'État auquel un lieu déterminé doit être attribué, la mention à inscrire dans le registre de l'état civil (et dans les actes d'état civil) doit impérativement correspondre à **la position de la Suisse en matière de droit international public** (art. 26 al. 3 OEC). Cela a pour conséquence, par exemple, que pour un lieu situé au Kosovo (reconnu par la Suisse comme un Etat indépendant), la mention du pays « *Kosovo* » doit obligatoirement être indiquée. En revanche, pour un lieu situé en Crimée occupée par la Russie, l'indication de pays « *Ukraine* » doit continuer à être utilisée, car l'occupation russe n'est pas reconnue par la Suisse.

La version actuelle **des codes de zone des États et territoires** (Macao ou Hong Kong sont des exemples de « *territoires* ») gérée par l'Office fédéral de la statistique pour les statistiques est déterminante et peut être consultée sur le site Internet de l'Office fédéral de la statistique⁸. Le Kosovo, par exemple, y figure en tant qu'État reconnu par la Suisse, tandis que la Crimée ne figure pas dans le tableau, ce qui signifie que son appartenance initiale à l'Ukraine reste valable. En cas de doute quant à l'appartenance, l'Office fédéral de l'état civil OFEC se tient à disposition pour toute question.

Les noms de lieux étrangers doivent être enregistrés conformément à l'article 26, alinéa 1, lettre b, OEC, en fonction des documents probants présentés. Les **caractères spéciaux** pouvant être reproduits avec le jeu de caractères standard, visé à l'article 80 OEC, doivent impérativement être repris.

2.3 Transfert des données sur la nationalité étrangère du registre des familles

À l'occasion du transfert des données d'état civil dans le registre de l'état civil (ressaisie), la nationalité étrangère d'une personne sera enregistrée avec la dénomination **actuelle** consignée dans le registre de l'état civil (Infostar NG) au moment de la ressaisie.

Si l'Etat d'origine désigné dans le registre des familles a été divisé en plusieurs États souverains (p. ex. Union soviétique, Tchécoslovaquie, Yougoslavie) et s'il ne ressort pas à quel Etat successeur la personne appartient, la **nationalité** sera saisie conformément à la dénomination historique ou, si cela n'est pas possible, avec la mention « *Nationalité non élucidée* ».

La **mise à jour** des données relative à la nationalité reste réservée. Elle peut avoir lieu à n'importe quel moment sur la base d'une preuve de la possession et entre dans la compétence de l'office de l'état civil qui détient cette preuve.

⁸ www.bfs.admin.ch > Bases statistiques > Etats et territoires

2.4 Constatation de la nationalité d'un enfant étranger né en Suisse

À l'occasion de l'enregistrement de la **naissance** ou de la **modification des données sur la filiation de l'enfant** (établissement ou annulation d'un lien de filiation avec une personne qui transmet la nationalité), la **nationalité** de l'enfant doit être **constatée** et inscrite dans le registre de l'état civil même si la preuve impérative de l'autorité compétente de l'État d'origine manque au moment de l'enregistrement. Pour des raisons pratiques (obligation de procéder à des communications officielles, exclusion de la nationalité suisse), la désignation « **Nationalité non élucidée** » est à éviter dans la mesure du possible même si elle serait correcte juridiquement⁹. Les connaissances basées sur l'expérience et au besoin les dispositions légales de l'Etat d'origine suffisent ; il n'y a pas lieu d'attendre une confirmation des autorités étrangères compétentes. Les indications sur la nationalité peuvent être mises à jour à n'importe quel moment sur la base des documents de l'Etat d'origine présentés ultérieurement.

Si l'enfant acquiert **diverses nationalités étrangères** par les filiations maternelle et paternelle, des indications sur l'appartenance à l'État avec lequel les parents déclarent entretenir une relation plus étroite et dont le droit régit le nom de l'enfant, doivent être insérées dans le registre de l'état civil¹⁰. Si une communication officielle est prévue par une convention internationale, conformément à l'article 54, alinéa 1, OEC, les indications sur la nationalité correspondante doivent impérativement être enregistrées.

2.5 Acquisition et perte de la nationalité étrangère

La **mise à jour** des données relatives à l'Etat d'origine entre dans la **compétence** de l'office de l'état civil qui détient la preuve de l'acquisition, de la possession ou de la perte de la nationalité étrangère (acte de naturalisation, document d'identité étranger valable ou acte de libération).

Si une personne demande la mise à jour de sa nationalité étrangère **indépendamment d'un événement**, l'opération doit être faite dans la transaction « *Lancer la mise à jour* ».

Si la mise à jour intervient **à l'occasion d'un événement d'état civil à enregistrer**, elle doit être consignée dans la transaction correspondante, à l'étape « *Nationalité étrangère* ».

La mise à jour des données relatives à la nationalité étrangère peut être demandée à tout moment sur la base d'une preuve correspondante ou d'une disposition légale contraignante. La nationalité étrangère est simplement ajoutée ou retirée. En l'absence de souveraineté sur cette donnée, il convient de renoncer à en enregistrer le début ou la fin.

2.6 Modification de la dénomination de la nationalité étrangère

Si la **dénomination officielle** d'un Etat change, la liste figurant en arrière-plan dans le système d'enregistrement est mise à jour.

⁹ Il n'entre pas dans la compétence des autorités suisses de statuer sur la possession de nationalités étrangères (art. 22 LDIP).

¹⁰ Art. 37 al. 2 LDIP.

Si l'Etat d'origine d'une personne inscrite dans le registre de l'état civil est divisé en plusieurs nouveaux Etats reconnus (p.ex. division de la Serbie-Monténégro en deux états, soit Serbie et Monténégro et plus tard de la Serbie en deux nouveaux Etats, Serbie et Kosovo), la modification des données de l'Etat d'origine ne peut se faire, sans la collaboration de la personne concernée, que dans des cas exceptionnels. La **dénomination** actuelle de la nationalité d'une personne est maintenue jusqu'à ce qu'il soit clarifié à quel nouvel Etat reconnu par la Suisse cette personne appartient. Il est exceptionnellement possible d'inscrire « *Nationalité non élucidée* » dans le registre de l'état civil jusqu'à la clarification de cette question.

Une **pièce justificative** de la mise à jour des données sur la nationalité n'est pas nécessaire s'il s'agit seulement d'un changement de la dénomination officielle de l'Etat d'origine. Cependant, si l'Etat d'origine est divisé en plusieurs Etats successeurs, une preuve du changement de nationalité est à conserver en tant que pièce justificative (p.ex. copie du document de voyage).

3 Cas particuliers

3.1 Origine non clarifiée ou inconnue

Si une personne étrangère qui **ne possède pas de documents d'identité** de son Etat d'origine doit être saisie dans le registre de l'état civil avec une nationalité non clarifiée ou inconnue, celle-ci sera désignée exceptionnellement et provisoirement dans le champ correspondant avec la mention « *Nationalité non élucidée* », sans explications supplémentaires.

Dès que la preuve de la nationalité étrangère est apportée, les données seront **mises à jour** sur demande ou d'office par l'**office de l'état civil qui détient la preuve** (sans la collaboration de l'autorité de surveillance). La mise à jour est effectuée dans la transaction « *Lancer la mise à jour* ».

3.2 Relation rompue avec l'État d'origine

Même si la relation entre la personne concernée et l'Etat d'origine est apparemment rompue et que le renouvellement des documents d'identité n'est pas possible, ne peut être raisonnablement exigé ou est inutile au niveau de l'état civil (p.ex. demande d'asile, refus de servir, procédure de naturalisation), les **données** sur la nationalité seront saisies dans le registre de l'état civil **sur la base des documents d'identité** dont la validité est échuë, sans explications supplémentaires.

3.3 Réfugiés reconnus

Le registre de l'état civil ne donne aucun renseignement sur le fait de savoir si la personne est reconnue comme réfugiée en Suisse ou dans un autre pays ou si ce statut lui a été retiré.

La **nationalité de l'Etat d'origine** des personnes reconnues comme **réfugiées** est inscrite même si aucun document d'identité de cet Etat n'est disponible. La nationalité étrangère étant une donnée non enregistrée, il n'y a pas lieu de recueillir la déclaration prévue à l'article 41, alinéa 1, CC. Il convient de se baser sur les indications figurant dans le document de voyage délivré par le Secrétariat d'Etat aux migrations SEM. Si la nationalité n'est pas claire, elle peut exceptionnellement être désignée comme « **Nationalité non élucidée** ».

Lors de la saisie dans le registre de l'état civil, de l'accomplissement d'un acte officiel ou de l'enregistrement d'un événement d'état civil, les réfugiés reconnus doivent présenter la décision en matière d'asile de l'Etat d'accueil ou le document de voyage délivré conformément à la Convention du 28 juillet 1951¹¹ relative au statut des réfugiés¹². Les documents présentés forment la base de la communication officielle au SEM¹³.

3.4 Apatridie

Une personne à saisir dans le registre de l'état civil ne peut être désignée comme « **Apatride** » que si elle répond aux exigences de l'article 1 de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides¹⁴. Elle doit présenter **un passeport pour étrangers** selon l'article 28 de cette convention ou une décision d'octroi du statut d'apatride émise par le SEM.

En Suisse, le SEM a la compétence exclusive pour constater l'apatridie¹⁵. Les gens qui se considèrent comme apatrides au sens de la convention précitée doivent déposer une demande de reconnaissance de ce statut. Par conséquent sans une décision administrative du SEM, l'apatridie ne doit en aucun cas être inscrite dans le registre de l'état civil. Sans décision formelle du SEM l'état civil de la personne concernée doit être enregistré comme « **Nationalité non élucidée** ».

Un enfant né en Suisse ne peut être désigné comme « **Apatride** » que si le père et la mère prouvent qu'ils détiennent ce statut ; un droit à la naturalisation facilitée fédérale existe pour l'enfant apatride ¹⁶.

Si aucun document d'identité ne peut être produit ou si la validité du document est expirée, on ne peut en déduire que la personne est apatride. La décision concernant l'apatridie ne relève pas de la compétence de l'officier de l'état civil, ni des tribunaux et ni des autorités administratives et judiciaires communales et cantonales.

¹¹ RS 0.142.30; en vigueur pour la Suisse dès le 21 avril 1955.

¹² Art. 2 let. a de l'Ordonnance du 27 octobre 2004 sur l'établissement de documents de voyage pour étrangers, RS 143.5.

¹³ Art. 51 al. 1 OEC.

¹⁴ RS 0.142.40; en vigueur pour la Suisse dès le 1^{er} octobre 1972.

¹⁵ Art. 14 de l'ordonnance du 17 novembre 1999 sur l'organisation du Département fédéral de justice et police (RS 172.213.1).

¹⁶ Art. 23 LN

4 Dispositions finales

4.1 Mise à jour des personnes déjà enregistrées

La nouvelle possibilité offerte par Infostar New Generation d'enregistrer, outre le lieu d'origine, une ou plusieurs nationalité(s) étrangère(s) n'entraîne **aucune obligation de vérifier systématiquement et, le cas échéant, d'actualiser la nationalité de toutes les personnes déjà inscrites dans le registre de l'état civil**. Les autorités de l'état civil ont uniquement l'obligation de vérifier, lors de la saisie d'une personne, si la personne à enregistrer possède plusieurs nationalités.

Si, lors du traitement d'une transaction, il s'avère qu'une personne déjà enregistrée possède une autre ou nouvelle nationalité, celle-ci doit être rajoutée, pour autant qu'aucune vérification supplémentaire ne soit nécessaire.

Ces mises à jour sont effectuées dans la transaction « *Lancer la mise à jour* » ou lors d'un événement **sans effet rétroactif** sur les événements enregistrés dans la transaction correspondante, à l'étape « *Nationalité étrangère* ».

4.2 Entrée en vigueur

Les directives suivantes entrent en vigueur le 15 mai 2010.

Office fédéral de l'état civil OFEC

David Rüetschi